

Rüstungspolitik

Versprochen -
gebrochen?

Kritik an Gabriel wegen steigender Waffenexporte.

Dana Heide Berlin

Sigmar Gabriel hatte es bereits geahnt. Der Bundeswirtschaftsminister wusste, dass der diesjährige Bericht über die Rüstungsexporte für einige Empörung sorgen würde. Deshalb hatte er bereits im Februar die Flucht nach vorn angetreten und erklärt, dass sich die deutschen Exporte von Rüstungsgütern im Jahr 2015 nahezu verdoppelt haben. Zurückzuführen sei das auf Sondereffekte, sagte der SPD-Chef damals. Und so war Gabriel bereits auf die scharfe Kritik vorbereitet, die ihm nun begegnete, als die neuesten Zahlen aus dem Rüstungsexportbericht durchsickerten. Demnach hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr Rüstungsausfuhren im Wert von 7,86 Milliarden Euro genehmigt - eine Verdoppelung nach knapp vier Milliarden Euro im Jahr 2014. Der Report soll noch in dieser Woche ins Kabinett.

Die Kritik war am Montag deutlich. „Das ganze System der Exportkontrolle ist kaputt. Es braucht klare Verbote, vor allem von Kleinwaffen-Exporten“, forderte Jan van Aken, Rüstungsexperte der Linken-Fraktion. Agnieszka Brugger, Rüstungsexpertin der Grünen, nannte die Exportpolitik der Bundesregierung „verantwortungslos“, „verheerend“ und „verlogen“.

Zum Amtsantritt hatte Gabriel noch erklärt, dass er sich für eine restriktivere Rüstungsexportpolitik einsetzen werde. Nun muss er sich des Vorwurfs erwehren, er habe sein Versprechen gebrochen. Gabriel lässt das nicht gelten: Der massive Anstieg der Ausfuhrgenehmigungen sei teils mit Entscheidungen der schwarz-gelben Vorgängerregierung zu erklären, argumentiert der SPD-Minister. Darin enthalten seien 1,6 Milliarden Euro für einen Kampfpanzer-Auftrag an Katar, „den ich leider nicht mehr

rückgängig machen kann“, sagte Gabriel. Gerade diese Lieferung ist kritisch, da Katar im Verdacht steht, die Terrormiliz IS zu unterstützen. Ein weiterer großer Teil des Anstiegs gehe auf eine Lieferung von 1,1 Milliarden Euro für ein Tankflugzeug-Geschäft mit Großbritannien zurück, hieß es aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Weitere Details wurden nicht genannt.

Rückhalt bekam Gabriel am Montag aus den eigenen Reihen. Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, verwies auf die bereits von Gabriel aufgeführten Sondereffekte. „Ich rate dazu, genauer hineinzuleuchten“,

Waffen

7,86
MILLIARDEN

Euro an Rüstungsausfuhren hat die Bundesregierung im Jahr 2015 genehmigt.

sagte er im Gespräch mit dem Handelsblatt. Lieferungen an sogenannte Drittstaaten, die keine Mitglieder der Nato oder EU sind, pauschal zu verbieten, hält Arnold nicht für sinnvoll. Allerdings müsse es die Bundesregierung besser als bisher erklären, wenn sie solche genehmige.

Anders als bei großen Rüstungsgütern gingen Kleinwaffen-Exporte derweil zurück: Das Exportvolumen sank von 47 auf 32 Millionen Euro. „Die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts sind Kleinwaffen“, sagt Ulrich Kühn, Experte für Rüstungskontrolle beim Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Die Waffen werden etwa bei Bürgerkriegen oder Terrorakten eingesetzt und es könne nur schwer kontrolliert werden, in wessen Hände sie gelangen. „Aus friedenspolitischer Sicht ist es daher gut, dass die Exporte von Kleinwaffen abgenommen haben“, so Kühn. Grundsätzlich aber schließt sich Kühn der Kritik an der Bundesregierung an. „Die deutsche Rüstungspolitik ist verlogen“, sagt er. „Es stehen Worte gegen Zahlen. Auf der einen Seite setzt sich Deutschland international für den Frieden ein, und auf der anderen

Seite erlaubt sie aus wirtschaftlichen Gründen Waffenexporte in Krisenregionen wie die Golfstaaten.“ Er forderte, dass die Regierung die Regeln zur Genehmigung von Waffenexporten strenger auslegt. Auch eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene beim Waffenexport sei im Hinblick auf Friedenssicherung wünschenswert.

Die Forderung nach mehr Zusammenarbeit auf europäischer Ebene kam auch aus der Politik. So forderte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in der ARD eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik: „Wenn wir in bestimmten Punkten europäische Lösungen wollen, muss jeder bereit sein, seine nationalen Regelungen ein Stück weit danach überprüfen zu lassen: Was denken eigentlich die anderen?“ Das gelte auch für die Richtlinien der deutschen Rüstungsexportpolitik.

Unterstützung bekam Schäuble für seine Forderung von SPD-Verteidigungsexperte Arnold: „Wir müssen uns auf gemeinsame Kriterien beim Rüstungsexport in Europa einigen. Wir können nicht erwarten, dass die anderen Länder bei gemeinsam gebauten Rüstungsgütern den deutschen Kriterien folgen. Da müssen wir Kompromisse machen.“

Meinung Seite 12



Anschlagserie

Saudi-Arabien im Visier von Terroristen

Eine Serie von Selbstmordanschlägen hat am Montag Saudi-Arabien erschüttert. Nach der Attacke nahe des US-Konsulats in der Stadt Dschidda in der Nacht sprengte sich am Abend ein weiterer Bomber nahe der Prophetenmoschee in Medina in die Luft, dem zweitwichtigsten Heiligtum im Islam. Dabei kamen laut Medienberichten auch mehrere Sicherheitskräfte ums Leben. Der Angreifer habe seine Bombe während des Fastenbrechens im Ramadan auf einem Parkplatz gezündet, meldete der arabische Nachrichtenkanal Al-Arabija. Die genaue Zahl der Opfer war zunächst unklar.

Weitere Explosionen wurden auch aus Katif gemeldet, einer Hochburg der schiitischen Minderheit in dem sunnitisch geprägten Golfstaat. Nach Augenzeugenberichten deutet dort ebenfalls alles auf einen Selbstmordattentäter hin. Den Angaben zufolge wurde bei einer ersten Detonation ein Auto zerstört, das vor der Moschee geparkt hatte. Kurz darauf habe sich eine weitere Explosion ereignet. Die Informationen konnten bislang nicht unabhängig bestätigt werden.

In Dschidda war offenbar das US-Konsulat am amerikanischen Unabhängigkeitstag das Ziel. Dem Staatsfernsehen zufolge wurden

zwei Polizisten leicht verletzt. Der Attentäter habe sein Auto beim Konsulat geparkt und wenig später den Sprengsatz gezündet, meldete der staatliche Sender. Ein Augenzeuge berichtete von drei weiteren Explosionen.

Bekannt hatte sich bis zum Abend niemand zu den Taten. Es wurde jedoch nicht ausgeschlossen, dass die Terrormiliz IS dahinterstehen könnte. Die Dschihadisten hatten sich zu den jüngsten Anschlägen auf den Atatürk-Flughafen in Istanbul mit 45 Toten und in der irakischen Hauptstadt Bagdad in der Nacht zu Sonntag mit 213 Opfern bekannt. Auch für die blutige Geiselnahme in Ban-

”

Die Botschaft ist:
Wir sind überall,
und wir können
sogar das Zentrum
der islamischen
Welt erreichen.

Ghanem Nuseibeh
Cornerstone Global
Associates

gladesch am Samstag übernahm der IS die Verantwortung. Die Regierung in Dhaka wies dies jedoch zurück.

Saudi-Arabien war in den vergangenen Jahren mehrfach Ziel von IS-Anschlägen. Diese hatten sich vor allem gegen Schiiten und Sicherheitskräfte gerichtet. Die Botschaft der Terroristen sei: „Wir sind überall, und wir können sogar das Zentrum der islamischen Welt erreichen“, sagte Ghanem Nuseibeh von der Londoner Beratungsfirma Cornerstone Global Associates der Nachrichtenagentur Bloomberg. „Das ist sehr besorgniserregend, weil es keine geografischen oder moralischen Grenzen mehr für sie gibt.“ HB